

10. Januar 2019, 19:38 Uhr

<https://www.sueddeutsche.de/politik/bamf-asyl-entscheidungen-gerichte-1.4282453>

So viele Bamf-Entscheidungen korrigieren Gerichte



Prozess-Akten im Verwaltungsgericht in Sigmaringen.
(Foto: dpa)

- Gerichte haben von Januar bis September 2018 über gut 131 000 Entscheidungen der Asylbehörde Bamf geurteilt.
- Knapp ein Drittel der inhaltlichen Entscheide waren Erfolge für die Flüchtlinge.
- Neun Flüchtlinge seien 2018 bis Ende November rechtswidrig abgeschoben worden, teilt die Bundesregierung mit. Sie bestreitet dennoch grundlegende Probleme.

Von Bernd Kastner

Weiterhin werden viele Asylbescheide des Asylbundesamtes (Bamf) von Gerichten korrigiert - zugunsten der [Flüchtlinge](#). Knapp ein Drittel der Klagen, die nach einer inhaltlichen Prüfung von Richtern entschieden wurden, endeten in den ersten drei Quartalen 2018 mit Erfolgen für die Flüchtlinge. Verwaltungsgerichte entschieden in

diesen Fällen, dass das Bamf zu Unrecht keinen oder einen zu schwachen Schutzstatus gewährt hatte. Bei Afghanen liegt die Quote sogar bei gut 58 Prozent.

Diese Zahlen sind Teil der ergänzenden Asylstatistik, die die Bundesregierung regelmäßig auf Anfrage der Linksfraktion erstellt. Deren innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke kritisiert die Fehlerquote: "Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für eine Bundesbehörde, gerade angesichts der hohen Rechtsgüter, um die es im Flüchtlingsrecht geht." Insgesamt erhielten von Januar bis September 2018 laut Bundesregierung rund 28 000 Flüchtlinge doch noch einen Schutzstatus, den ihnen das Bamf zunächst verweigert hatte, 4500 von ihnen außerhalb von Gerichtsverfahren. Dies betraf vor allem Syrer (gut 10 000 Fälle) und Afghanen (9000).

Gerichtsentscheidungen

Januar bis September 2018

Entscheidung zugunsten des Flüchtlings	22.901
Ablehnung	49.402
Sonstige Verfahrenserledigung	59.360

Urteile und Verfahrenserledigungen zu Klagen gegen Bamf-Entscheidungen

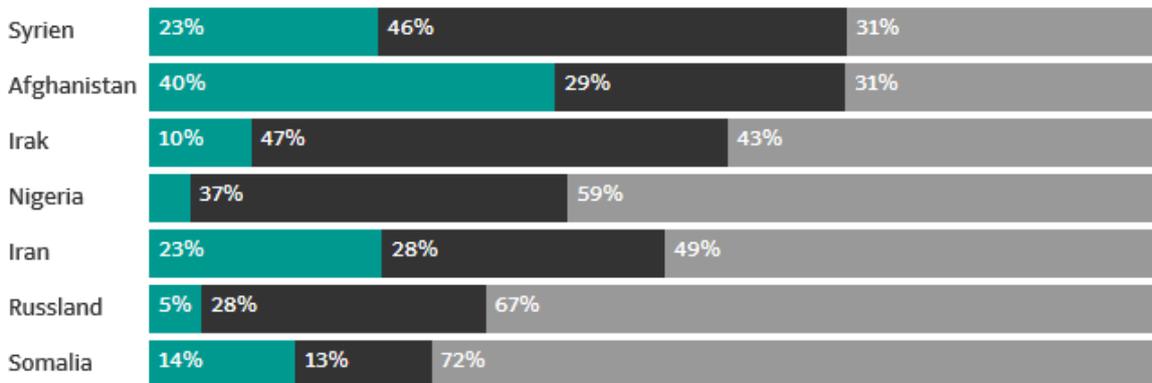
Grafik: jsa • Quelle: Bundesinnenministerium • [Daten herunterladen](#)

Bundesregierung und Bamf kommen bei den Gerichtsentscheidungen auf eine Fehlerquote von 17 Prozent, weil sie nicht nur die inhaltlich entschiedenen Fälle einbeziehen, sondern auch die "sonstigen Verfahrenserledigungen", wenn etwa Flüchtlinge ihre Klage zurückziehen oder das Bamf den Schutzstatus doch noch erteilte oder verbesserte. Dies geschah von Januar bis September 2018 in knapp 60.000 Fällen.

Gerichtsentscheide nach Herkunftsländern

Januar bis September 2018 (In Prozent, gerundet)

■ Entscheidung zugunsten des Flüchtlings ■ Ablehnung ■ Sonstige Verfahrenserledigung



Grafik: jsa • Quelle: Bundesinnenministerium • Rohdaten herunterladen

Die Bundesregierung will nicht, wie vom Deutschen Anwaltverein vorgeschlagen, den Eingang einer Klage zum Anlass nehmen, einen negativen Bescheid unabhängig vom Gerichtsverfahren zu überprüfen.

Neun Flüchtlinge seien 2018 bis Ende November rechtswidrig abgeschoben worden, teilt die Bundesregierung mit und räumt ein: Es sei "in Einzelfällen" zu Vollzugs- oder Kommunikationsdefiziten gekommen bei der Abstimmung zwischen den Bundesländern, den Gerichten und dem Bamf. 2017 hatte es zwei rechtswidrige Abschiebungen gegeben, in den drei Jahren zuvor keine einzige. "Was für die Betroffenen eine existenzielle Katastrophe bedeutet, ist aus Sicht des Innenministeriums offenbar nicht mehr als ein Betriebsunfall, der mal passieren kann", kritisiert Jelpke. Die Bundesregierung bestreitet strukturelle Defizite und setzt die neun rechtswidrigen Abschiebungen in Relation zu den gut 20 000 insgesamt erfolgten Abschiebungen in den ersten zehn Monaten.

Die Zahl der bei den Verwaltungsgerichten anhängigen Asylverfahren geht nur langsam zurück. Ende September waren 323 000 Klagen gegen Asylbescheide anhängig. Während in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres 105 000 neue Klagen eingingen, wurden gut 131 000 Fälle entschieden.

Abschiebung gescheitert

Hessen ist mit dem Versuch gescheitert, einen wegen zahlreicher Straftaten in Deutschland verurteilten afghanischen Flüchtling abzuschicken. Die Behörden in Kabul weigerten sich, den Mann bei seiner Ankunft mit einem Sammelflug diese Woche ins Land zu lassen und schickten ihn zurück. Als Begründung wurden nach deutscher Darstellung Zweifel an der Identität des Mannes sowie gesundheitliche Bedenken geäußert. Das Bundesinnenministerium und die hessischen Behörden zeigten sich davon überrascht, zumal sie eine Bestätigung der Identität des Mannes von afghanischen Repräsentationen in Deutschland erhalten hätten. Das Bundesinnenministerium bemühe sich um eine Klärung der Angelegenheit mit den Behörden in Afghanistan, so ein Sprecher des Landesinnenministeriums in Hessen. Der Mann musste von Kabul nach München zurückgebracht werden und sitzt mittlerweile wieder in der Justizvollzugsanstalt in Schwalbach im Taunus. Er muss eine Haftstrafe von drei Jahren verbüßen. Susanne Höll

Unterdessen wird der Familienschutz immer bedeutender für Flüchtlinge. Mehr als drei Viertel der Menschen, die im dritten Quartal 2018 in Deutschland Schutz gemäß der Genfer Konvention erhielten, waren zu Angehörigen nachgereist, die bereits anerkannt waren. Ihr Anteil steigt seit Jahren stark an. War er in den Jahren 2015 und 2016 noch marginal (unter fünf Prozent), betrug er 2017 schon gut 24 Prozent. Im zurückliegenden Jahr stieg er pro Quartal weiter an, von 47 über 66 auf zuletzt 78 Prozent im dritten, wie die Linksfraktion berechnet hat. Die meisten derer, die zuletzt vom Familienschutz profitierten, stammen aus Syrien, dem Irak, Eritrea und Afghanistan. Die Linksfraktion führt den starken Anstieg von Familienschutz darauf zurück, dass viele der nachgereisten Angehörigen einen Asylantrag stellen, um ihren Status formal zu klären. Mehr als die Hälfte derer, die Familienschutz erhielten, waren in Deutschland geborene Kinder: mehr als 3700 im dritten Quartal.

Nach wie vor legen viele Schutzsuchende keine Papiere vor, wenn sie ihren Asylantrag stellen: Mehr als die Hälfte der erwachsenen Flüchtlinge kam in den ersten zehn Monaten 2018 ohne Ausweis zum Bamf. Diese Quote schwankt jedoch stark, je nach Herkunftsland: War unter den Syrern etwa jeder vierte ohne Pass, lag die Quote bei Flüchtlingen aus Nigeria, Somalia und Guinea bei fast 100 Prozent. Um Identitäten zu ermitteln oder zu überprüfen, wertet das Bamf

Handydaten von Asylsuchenden aus. Dies erfolgt auf freiwilliger Basis, niemand wird gezwungen, sein Handy abzugeben.



2. August 2018, 15:20 Uhr

<https://www.sueddeutsche.de/politik/asylklagen-wie-richter-die-schlamperei-des-bamf-korrigieren-1.4070309>

Wie Richter die Schlamperei des Bamf korrigieren



Aktenschränke mit Asylverfahren im Verwaltungsgericht München
(Foto: Alessandra Schellnegger)

- Bundesweit hat das Bamf im vergangenen Jahr mehr als 340 000 Anträge aus inhaltlichen oder formellen Gründen abgelehnt.
- Im selben Zeitraum haben etwa 328 000 Flüchtlinge gegen ihren Bescheid Klage eingereicht.
- In vielen Fällen bekommen die Geflüchteten recht - oft, weil die Entscheidungen der Behörde juristisch schlecht gemacht sind.

Von Jana Anzlinger und Juri Auel

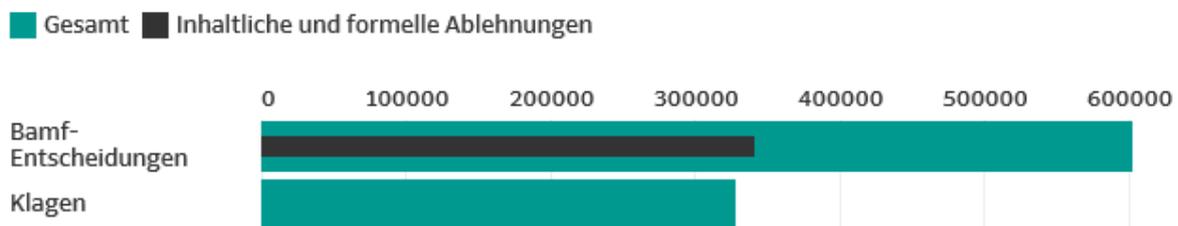
Besida Megbele reibt sich die Augen und versucht, ihre Schluchzer runterzuschlucken. Während die Richterin ihr den Fehler erklärt, den die Asylbehörde gemacht hat, hält Megbele den Kopf gesenkt. Sie schaut die schwarze Handtasche auf ihrem Schoß an, ihre billigen Stoff-Sneaker, die rot lackierten Fußnägel der Dolmetscherin, die Englisch mit bairischem Akzent spricht, den braunen Teppichboden in dem kleinen Saal im Bayerischen Verwaltungsgericht München. "Das ist eine relativ komplizierte Rechtslage hier", sagt die Richterin.

Sie verhandelt heute den ganzen Vormittag Asylklagen - so wie die meisten der etwa 100 Richter im Haus. In mehr als drei Viertel der Fälle an diesem Gericht geht es um abgelehnte Asylanträge.

Fast jede Ablehnung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) landet [vor Gericht](#). Das ist nicht nur in München so. Bundesweit hat das Bamf im vergangenen Jahr mehr als 340 000 Anträge aus inhaltlichen oder formellen Gründen abgelehnt. Im selben Zeitraum [haben etwa 328 000 Flüchtlinge gegen ihren Bescheid Klage eingereicht](#).

Fast alle abgelehnten Asylsuchenden ziehen vor Gericht

Bamf-Entscheidungen und Klagen 2017

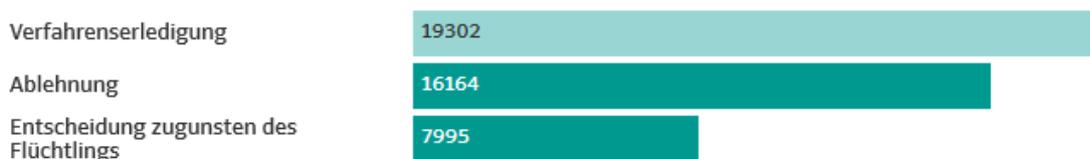


Grafik: jsa • Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesministerium des Innern • Rohdaten herunterladen

In mehr als jedem dritten Fall, über den Gerichte inhaltlich entscheiden, wird der Bamf-Bescheid zugunsten der Antragsteller korrigiert. 2017 waren es fast 40 Prozent, im ersten Quartal 2018 ergingen 33 Prozent der Urteile zugunsten der Flüchtlinge. Eine häufige Begründung der Verwaltungsrichter ist, dass individuelle Umstände nicht geprüft wurden oder nicht in die Entscheidung eingeflossen sind. Mit anderen Worten: In Zehntausenden Fällen hat die Behörde geschlampt oder Fehler gemacht und ohne die Richter hätte es niemand korrigiert.

So gehen die Gerichtsverfahren aus

Urteile zu abgelehnten Asylanträgen im ersten Quartal 2018



Grafik: jsa • Quelle: Bundesministerium des Innern • Rohdaten herunterladen

Die Nigerianerin Besida Megbele, die eigentlich anders heißt, ist über Italien in die EU eingereist, in Italien hatte sie auch eine Aufenthaltserlaubnis. Das hat sie dem Bamf schon 2016 so gesagt. Für ihren Asylantrag wäre dementsprechend eigentlich Italien zuständig. Dennoch hat sich das Bamf monatelang damit aufgehalten zu prüfen, ob sie in Nigeria wirklich in Lebensgefahr war, weil ihr Bruder und ihr Mann dort politische Oppositionelle sind. Ob sie wirklich ein Opfer von Genitalverstümmelung ist. Ob ihr Asthma und ihr hoher Blutdruck wirklich einer Abschiebung im Wege stehen würden.

Das Bamf entschied schließlich gegen sie. Megbele solle zurück nach Nigeria. Erst wenige Tage vor der Gerichtsverhandlung fand die Behörde das Dokument aus Italien wieder. Das heißt: Die deutsche Behörde hat etwas entschieden, was eigentlich den Italienern vorbehalten gewesen wäre. "Wir haben hier eine Sachentscheidung, die so nicht hätte erfolgen dürfen", sagt die Richterin.

Die Verfahren dauern durchschnittlich elf Monate

Die Münchner Anwältin Gisela Seidler verbringt viel Zeit mit Geflüchteten in Gerichtssälen. Sie hat sich auf Asylrecht spezialisiert, ist Vorsitzende des Ausschusses Migrationsrecht im Deutschen Anwaltverein. "Es kommt immer wieder vor, dass Gerichte das Bamf kräftig abwatschen", sagt sie. "Viele Bescheide sind einfach juristisch sehr schlecht gemacht, weil sie von unerfahrenen Mitarbeitern erstellt worden sind." Die Justiz sei ein wichtiges Korrektiv im Asylprozess.

Gerichte dürfen Entscheidungen jeder Behörde korrigieren. Beim Aufenthaltsrecht wird da keine Ausnahme gemacht. Seidler findet das gut so: "Das gehört zur Gewaltenteilung dazu - und ohne die gibt es keinen Rechtsstaat", sagt sie.

Megbele kramt nach einem Taschentuch. Das Bamf muss sich nun erneut mit ihr befassen. Vergeblich hat sie gehofft, dass es heute vorbei sein würde. Wenn die Behörde entscheidet, dass sie nach

Italien abgeschoben werden soll, könnte sie erneut klagen. Ungefähr in einem Jahr würde sie dann wieder hier sitzen.

Die Gerichtsverfahren dauern durchschnittlich elf Monate. Wie sich so ein Verfahren hinziehen kann, erlebt auch Anwältin Seidler. Es kommt nicht selten vor, dass sie einen Fall über einen langen Zeitraum begleitet und etliche Kilometer zum Gericht fährt, ohne zu wissen, ob sie dafür überhaupt Geld bekommt. Denn weil den Flüchtlingen vermehrt Sachleistungen ausgegeben werden, haben viele kein Geld, die Anwältin zu bezahlen. Und Prozesskostenhilfe gebe es erst kurz vor dem Termin zur mündlichen Verhandlung, der oft erst nach einem Jahr stattfindet. Deswegen macht es sie zornig, wenn Politiker Begriffe wie "Asyltourismus" und "Anti-Abschiebe-Industrie" verwenden.

2. August 2018, 15:20 Uhr

<https://www.sueddeutsche.de/politik/asyklagen-wie-richter-die-schlamperei-des-bamf-korrigieren-1.4070309-2>

"In den meisten Fällen entscheidet ein Richter, der nur noch den Himmel über sich hat"

Megbele verlässt das Verwaltungsgericht mit hängenden Schultern. Die Richterin macht nur eine kurze Pause, dann verhandelt sie den nächsten Fall. Im Saal nebenan kommt die Richterin hinter ihrem Pult hervor, um Spielzeugautos und Buntstifte zu verteilen. Sie hofft, dass sich Promise und Joseph damit während der Verhandlung ablenken können. Ihre Mutter, Grace Adesina, hat niemanden, der den Zweijährigen und den Vierjährigen betreuen könnte. Adesina ist mit dem Vater der Kinder aus Nigeria geflohen, doch die Beziehung hat nicht gehalten. Die Familie heißt in Wahrheit ebenfalls anders. Das Bamf hat ihre Anträge abgelehnt und droht Mutter und Kindern mit Abschiebung.

Dieses Gerichtsverfahren ist ihre letzte Chance, in Deutschland zu bleiben. Das ist für Anwältin Seidler das Hauptproblem des deutschen Asylsystems: Es gibt so gut wie keine Rechtsmittel, um die Entscheidung eines Verwaltungsgerichts in Asylfragen anzufechten. Eine Instanz - und das war's. "In den meisten Fällen entscheidet ein Richter, der nur noch den Himmel über sich hat", sagt sie.

Grace Adesina gibt als Fluchtgrund an, die Mitglieder einer "secret society", einer Geheimorganisation, hätten sie gefangen gehalten. Es gibt in Nigeria mehrere solcher Gruppen, gut vernetzte Kulte, die Menschen mit schwarzer Magie drohen.

Ob Adesina wirklich von der Gruppe festgehalten und bedroht wurde, versucht die Richterin herauszufinden, indem sie die Klägerin nach Details fragt und immer wieder nachhakt. Wo war sie, als die Männer sie verschleppten? Wo wurde sie festgehalten?

Wann genau drohten sie, ihr den Arm abzuschneiden? In welchem Gebäude wurde die Beschneidungszeremonie vorbereitet?

Schon früh zeichnet sich ab, dass die Sitzung länger dauern dürfte als die vorgesehene Dreiviertelstunde. Die enge Taktung der Fälle ist nicht unproblematisch. Einige Anwälte würden auf Beweisanträge verzichten, um den Terminplan nicht zu sprengen und es sich nicht mit dem Richter zu verscherzen, sagt Anwältin Seidler. Ihrer Auffassung nach bemühen sich die Gerichte sehr, die Arbeit ordentlich zu machen. Jedoch gebe es Richter, die besonders viele Fälle in einen Tag pressen. Dadurch werde es nahezu unmöglich, die oftmals schwierigen Sachverhalte umfassend aufzuklären - was dazu führe, dass die Vorsitzenden oft gegen den Kläger entschieden.

2. August 2018, 15:20 Uhr

<https://www.sueddeutsche.de/politik/asyklagen-wie-richter-die-schlamperei-des-bamf-korrigieren-1.4070309-3>

Während die Richterin Grausamkeiten erfragt, tobt das Kind durch den Saal

Obwohl wieder weniger Menschen in Deutschland Schutz suchen als 2015 und 2016, können die Richter "den Berg" nur verzögert abtragen, sagt Florian Schlämmer, Richter und Pressesprecher des Münchner Verwaltungsgerichts. 20 neue Richter sind extra für diesen Bereich angestellt worden, momentan ist eine weitere Kammer in der Planung. Trotz der Verstärkung, sagt der Pressesprecher, blieben Fälle aus anderen Bereichen liegen. "Zum Beispiel wurde über Baugenehmigungen früher in sieben Monaten entschieden, jetzt kann so ein Verfahren ein Jahr dauern", sagt Schlämmer.

Auch wenn sich die Zusammenarbeit zwischen Behörde und Gericht inzwischen eingespielt habe, ärgere man sich schon manchmal übers Bamf. "Wir sind dann auch Menschen", sagt der Richter. Was wäre, wenn andere Behörden genauso viele Fehler machen würden wie das Bamf? Schlämmer lacht herzlich über die Vorstellung.

Neue Richter dürfen nicht alleine Asylfälle verhandeln

Die Flüchtlingsbehörde ist der Ansicht, dass nichts gegen eine Rückkehr der Familie Adesina nach Nigeria spricht. Grace Adesina bekommt bei der Vorstellung Angst: Wo soll sie arbeiten? Wer kümmert sich um ihre Kinder? Sie hat bei ihrer Flucht den Norden des Landes gesehen, wo die Terroristen von Boko Haram gewütet haben. Um überhaupt eine Lebensgrundlage zu finden, müsste sie in ihre Heimatregion zurückkehren, wovor sie sich fürchtet. Die Geheimorganisation könne in ihrem magischen Spiegel sehen, wo sie sich aufhalte, glaubt Adesina. Wie riskant eine Rückkehr für sie tatsächlich wäre, lässt sich nicht einfach beantworten.

Während die Richterin die Grausamkeiten erfragt, die der Familie in Nigeria drohen, tobt Promise durch die leeren Reihen des

Gerichtssaals, spielt mit den Autos und malt Spiderman. Sein kleiner Bruder Joseph schläft im Kinderwagen.

Verwaltungsrichter seien zwar keine Strafrichter, dennoch wüssten sie, wie man traumatisierte Zeugen richtig befragt, sagt Pressesprecher Schlämmer. Das bringe die Prozessenerfahrung mit sich. Neue Richter dürfen ein halbes Jahr lang nicht alleine Asylfälle verhandeln, weil ihnen diese Erfahrung noch fehlt.

Jede der 30 Kammern beim Münchner Verwaltungsgericht ist auf bestimmte Länder spezialisiert. Das soll den Richtern ermöglichen, die Erzählungen der Geflüchteten bestmöglich einzuschätzen. Zudem, sagt Schlämmer, werde darauf geachtet, dass jeder Richter zumindest ab und zu den Fall eines Flüchtlings verhandelt - damit er das Fingerspitzengefühl nicht verlernt.

17. Juni 2018, 08:16 Uhr

<https://www.sueddeutsche.de/politik/bamf-aus-sicht-der-fluechtlinge-behoerde-ohne-gesicht-1.4010645>

Behörde ohne Gesicht



Während der Anhörung eines äthiopischen Asylbewerbers in einer Außenstelle des Bamf (Foto: picture alliance / Daniel Karman)

- In der Bremer Bamf-Außenstelle sollen mehr als 1200 Asylanträge ohne ausreichende Prüfung gewährt worden sein.
- Laut Asylsuchenden und Begleitern ist der Skandal jedoch ein anderer: überforderte Mitarbeiter, undurchsichtige Verfahren und chaotischer Papierkram.
- So kommt es, dass 40 Prozent der Klagen gegen Asylbescheide beim Verwaltungsgericht zugunsten der Antragsteller entschieden werden.

Von Jana Anzlinger und Vera Deleja-Hotko

Ein Tisch, ein PC und drei Stühle. Auf einem der Stühle sitzt eine Frau, die auf den Boden starrt, während sie erklärt, warum sie von Afghanistan nach Deutschland geflohen ist. Manchmal hebt sie den Kopf. Peinlich berührt senkt sie ihn wieder, wenn ihr Blick den der Frau auf der anderen Seite des Tisches trifft. "Das ist nicht

glaubwürdig", würgt die Bamf-Mitarbeiterin die Geflüchtete ab. Warum, begründet sie nicht.

So laufen viele Asylanörungen ab, erzählt Sayed Khan, der oft auf dem dritten Stuhl sitzt. Khan ist Dolmetscher und möchte seinen echten Namen nicht veröffentlicht wissen, weil er seinen Job behalten will. An der linken Hand zählt er auf, wie viele Sprachen er fließend spricht. Zu zählen beginnt er beim kleinen Finger und endet beim Daumen. Von rechts nach links. So wird in Afghanistan gelesen, seiner Heimat, aus der er 2013 geflohen ist.

"In Afghanistan gilt es als respektlos, jemandem lang in die Augen zu schauen." Egal, ob Mann oder Frau. Das wüssten jedoch viele Mitarbeiter der Asylbehörde nicht. Dadurch komme es zu Missverständnissen, denn in Deutschland gilt der Blick zum Boden als Indiz einer Lüge. Dass Körpersprache außerhalb Deutschlands anders interpretiert werde, darüber würden sich viele Sachbearbeiter keine Gedanken machen. "Und es erklärt ihnen auch keiner." Kein Wunder also, dass die Bamf-Mitarbeiterin die Geschichte der afghanischen Antragstellerin nicht glaubt.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat mehr als 7200 Mitarbeiter an bundesweit knapp 70 Standorten. 2017 waren es 600 000 Asylanträge, die bearbeitet wurden. Seit Wochen steht das Bamf im Fokus der Öffentlichkeit. In der Bremer Außenstelle soll in mehr als 1200 Fällen das Verfahren manipuliert und ohne ausreichende Prüfung Asyl gewährt worden sein. [Am Freitag hat Innenminister Seehofer deswegen die Chefin des Bamf, Jutta Cordt, entlassen.](#)

Dass es beim Bamf nicht rund läuft, sagen Asylsuchende und Begleiter schon lange. Das Problem seien nicht die positiven Bescheide aus Bremen, sondern die Behörden und das Verfahren an sich. Sie erzählen von überforderten Mitarbeitern, undurchsichtigen Verfahren und chaotischem Papierkram. Diese Probleme ziehen sich vom Antrag über die Anhörung bis hin zur Entscheidung.

Der Antrag: "Viele wünschen sich, dass man mal nachfragen kann"

Nach dem Grenzübertritt muss ein Asylsuchender einen Antrag mit Personalien und kurzem Abriss der Fluchtgeschichte stellen. Für Länder, die als sicher gelten, gibt es beschleunigte Verfahren. Wer hingegen aus einem Land kommt, in dem Krieg herrscht oder in dem Menschen verfolgt werden, wartet Monate auf die Anhörung.

Die Wartezeit beschreiben viele als eine Art Schwebestadium: Arbeiten ist verboten, sich ein Leben aufzubauen kaum möglich. Dazu kommt die Unnahbarkeit der Asylbehörde. "Viele wünschen sich, dass man mal nachfragen kann, was mit dem Verfahren ist, ohne abgewiesen zu werden", sagt Angela Müller, Asylberaterin beim Sächsischen Flüchtlingsrat.

Wenn sie Antragsteller begleitet, trifft sie auf Sachbearbeiter, die "nett und aufgeschlossen sind und sich Mühe geben", aber auch überforderte, "die sehr barsch auf Nachfragen reagieren". Der Ton insgesamt sei meist "freundlich-professionell". "Aber mir berichten viele Ratsuchende, dass mit ihnen allein anders umgegangen wird."

Nicht immer garantiert ein Termin, dass die Anhörung stattfindet. Antragsteller warten oftmals stundenlang und werden am Ende des Tages getröstet: "Sie kriegen dann einen Brief mit einem neuen Termin."

Die Anhörung: ein Trauma nacherzählen in 20 Minuten

Die Krawatte der Stewardess war hellblau. Das weiß Sayed Khan heute noch. Er ist einen Teil seiner Fluchtroute mit dem Flugzeug geflogen. "Mit einem gefälschten Pass war das damals möglich", sagt Khan über seine Flucht vor fünf Jahren. Die Krawattenfarbe war eins der trivialen Details, nach denen er beim Bamf gefragt wurde, neben dem Logo der Fluglinie und der Mahlzeit, die er im Flieger gegessen hatte. Diese Details beschreiben nicht die persönliche Verfolgung, wegen der Khan am Ende Asyl gewährt

wurde. Mit den Rückfragen wurde die Konsistenz seiner Geschichte sichergestellt.

"Meine Anhörung dauerte acht Stunden", sagt Khan. "Und nicht einmal das hat ausgereicht." Die Anhörungen, bei denen er heute dabei ist, sind noch kürzer. Der Zeitdruck zwingt die Anhörer, die Asylsuchenden zu unterbrechen, wenn sie detailliert über ihr Leben vor, während und nach der Flucht sprechen.

Drei Anhörungen oder zwei bis drei Entscheidungen pro Tag: Diesen Richtwert gibt das Bamf seinen Mitarbeitern vor, weil die Zahl der Anträge nach dem Sommer 2015 rasant angestiegen ist. Ohne Pausen bleiben so zweieinhalb Stunden für jede Anhörung. In der Zeit müssen Personalien abgeglichen, Fragen gestellt und das gesamte Gesprächsprotokoll rückübersetzt werden. Wenig Zeit, um auf individuelle Geschichten einzugehen.

Betroffene und Begleiter berichten sogar von Anhörungen, die nur 20 Minuten dauern. "Dabei geht es da um traumatisierende Situationen, die nie verarbeitet wurden", empört sich David Offenwanger von Arrival Aid, einer NGO, die Asylsuchende bei der Anhörung und bei Klagen unterstützt. Die Traumata nachzuerzählen, sei eine Belastung an sich. "Wir sagen nicht, dass jeder Asyl bekommen soll. Aber jeder muss die Chance bekommen, zu erzählen, was ihm passiert ist und warum er nicht zurück kann."

17. Juni 2018, 08:16 Uhr

<https://www.sueddeutsche.de/politik/bamf-aus-sicht-der-fluechtlinge-behoerde-ohne-gesicht-1.4010645-2>

Sachbearbeiter ohne Schulung

2015 mussten zahlreiche Menschen aufgrund des Krieges in Syrien und den Spannungen in den angrenzenden Ländern fliehen. Die Asylanträge in Deutschland verdoppelten sich im Vergleich zu 2014, weswegen das Bamf in den Jahren 2015 und 2016 Tausende Mitarbeiter rekrutierte. Einen bestimmten Studiengang muss man für die Stelle nicht absolvieren. Drei bis zwölf Wochen sollen die neuen Mitarbeiter geschult werden. Aber selbst diese Schulungen fallen häufig aus, klagt der Personalrat.

Das führe dazu, dass vielen Anhörern das nötige Hintergrundwissen fehle, um Nachfragen zu stellen, sagen Unterstützer. "Asylsuchende erzählen mir: Der hat sich gar nicht interessiert, gar nicht nachgefragt. Ich konnte das gar nicht ausführlich erzählen", so Offenwanger.

Khan öffnet das Anhörungsprotokoll eines Bekannten. Er ist aus Afghanistan geflohen, weil ihn die Taliban verfolgten. Sein Asylantrag wurde abgelehnt. Mit dem Finger tippt Khan auf die zweite Seite. "Da steht, er ist Paschtune." Seine Muttersprache ist also Paschtu. Khan blättert zur letzten Seite. "Und hier steht, dass während der Anhörung Dari gesprochen wurde." Paschtu und Dari sind die beiden Amtssprachen in Afghanistan. Jedoch spricht sie nicht jeder. Vor der Anhörung muss der Asylsuchende bestätigen, dass er den Dolmetscher versteht. Khans Bekannter tat das, obwohl er nicht gut Dari spricht. Er hatte Angst, dass er erneut monatelang auf einen Termin warten muss. "Er ist nicht der Einzige", sagt Khan.

Der Dolmetscher wird von den Sachbearbeitern beauftragt. "Aber die wissen oft gar nicht, welche Sprachen in den Herkunftsländern gesprochen werden", sagt Khan.

Wer als Dolmetscher beim Bamf arbeiten will, muss Deutsch auf C-1-Niveau, dem zweithöchsten Sprachlevel, beherrschen und

dafür ein Zertifikat vorlegen. Bei der Ausgangssprache ist das weniger streng. "Ich habe schon einige Dolmetscher getroffen, die der Sprache, die sie angegeben hatten, nicht mächtig waren", sagt Khan. Ähnliches erlebt Lars Hülser von der Refugee-Law-Klinik Köln. Bei Asylsuchenden aus afrikanischen Staaten werde oft ein Dolmetscher für Englisch bestellt, weil sich keiner für die Muttersprache finden lasse. Und bei Englisch gibt es Probleme. "Da muss ich dann einhaken und sagen, dass die Übersetzung so nicht korrekt ist." Auch deswegen rät er dazu, nicht ohne Begleitung zur Anhörung zu gehen.

Der Zeitdruck, das fehlende Hintergrundwissen und die schlechten Übersetzungen führen oft zu fehlerhaften Anhörungsprotokollen - mit verheerenden Folgen: Das Anhörungsprotokoll ist eines der wichtigsten Dokumente des Verfahrens. Denn der Anhörer spricht zwar persönlich mit dem Asylsuchenden, befragt ihn und protokolliert die Antworten. Doch nicht in jedem Fall entscheidet der Anhörer über den Antrag. Das ist die Aufgabe des Entscheiders - eines Mitarbeiters, den der Asylsuchende in manchen Fällen nie zu Gesicht bekommt.

Die Entscheidung: "individuelle" Begründungen aus vorformulierten Textblöcken

Die Entscheiderin hat kein Gesicht. Zwischen ihrem Hemdkragen und dem Mittelscheitel ist eine weiße Fläche. Sie sitzt an einem Schreibtisch voller Formulare, die mit Paragrafen und Häkchen versehen sind und steckt gerade einen Asylentscheid mit aufgedrucktem Bundesadler in einen Umschlag. Was wie eine Karikatur klingt, die die Unnahbarkeit der Behörde auf die Schippe nehmen soll, ist [ein offizielles Bild auf der Bamf-Website](#). Die Überschrift: "Entscheiderinnen und Entscheider".

Eine bürokratische Maschine, so sehen viele Betroffene das Bamf. Eine, die negative Bescheide mit absurden Begründungen ausspuckt.

Berater erzählen, dass die "individuellen" Begründungen sich aus vorformulierten Textblöcken zusammensetzen - häufig falsch zusammenkopiert. Wie bei einer algerischen Lehrerin, die wegen ihrer Homosexualität in ihrem Herkunftsland verfolgt wird. Das Berliner Bamf lehnte ihren Asylantrag ab - mit der Begründung, dass sie in Afghanistan doch sicher sei.

Fehler, die bundesweit vorkommen. "Ich habe schon 15 oder 20 Bescheide gesehen, in denen ein Textblock die Situation in Land X schilderte, obwohl der Asylbewerber aus Land Y kommt", sagt der Münchner Unterstützer Offenwanger. Laut der Dresdner Beraterin Müller werden bei 50 von den 700 Fällen, die sie im Jahr betreut, formelle Fehler gemacht. Es werde zwar besser, aber die Bescheide würden auch insgesamt weniger. "Die werden häufig gar nicht ausgestellt, bis ich nachfrage." Außerdem nehmen ihr zufolge fehlende und falsche Übersetzungen zu. "Zum Beispiel wird Arabisch mit Farsi verwechselt, weil beide dasselbe Schriftalphabet haben. Aber das sind komplett unterschiedliche Sprachen, wie Englisch und Deutsch."

Die Klage: "in Zehntausenden Fällen Mist gebaut"

Ein Iraker, der gefoltert wurde, eine Nigerianerin, die ihre Vergewaltigung verdrängen will: Es kostet große Überwindung, solche Erlebnisse in der Anhörung zu schildern. Umso frustrierender empfinden es Betroffene, wenn sie vor Gericht alles noch mal erzählen müssen - und das kommt häufig vor: Neun von zehn abgelehnten Antragstellern ziehen vor Gericht. In 40 Prozent der Fälle, in denen es eine inhaltliche Entscheidung gibt, entscheiden die Verwaltungsrichter zugunsten des Antragstellers. Die häufigste Begründung ist, dass individuelle Umstände nicht geprüft wurden oder nicht in die Entscheidung eingeflossen sind.

Die Bremer Außenstelle scheint keine Ausnahme zu sein. Bundesweit gibt es Probleme: liegengelassene Anträge, fehlerhafte Protokolle, überforderte Mitarbeiter. "Das Bamf gibt Bescheide aus, die nicht dem Rechtsstaat entsprechen. Das ist der Skandal", schimpft der Jurist Offenwanger. "Was würde denn

passieren, wenn die Antragsteller nicht klagen würden? Dann hätte ein deutsches Amt in Zehntausenden Fällen Mist gebaut und keiner wüsste davon."

6. Juni 2018, 05:12 Uhr

<https://www.sueddeutsche.de/politik/bamf-skandal-chronologie-1.4002426>

Chronologie der Bamf-Probleme Vier Jahre Ärger und kein Ende



Flüchtlingsfragen und Gedrängel: Horst Seehofer, mittig, Bundesminister für Inneres, Heimat und Bau, und Jutta Cordt, links, Präsidentin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, bei der Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses zur Bamf-Affäre.

(Foto: picture alliance / Kay Nietfeld/)

- Der aktuelle Bamf-Skandal in Bremen ist Höhepunkt einer langen Geschichte von Pannen und Problemen in der Behörde.
- Mitarbeiter warnten schon vor Jahren vor einer Überforderung des Amtes.

Von Gunnar Herrmann

Kaum eine Woche vergeht ohne neue Schlagzeilen aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). In Berlin fordern Opposition und Regierungsparteien gleichermaßen Aufklärung über den sogenannten "Bamf-Skandal". Derzeit bezieht sich der Begriff auf die Vorgänge in der Außenstelle Bremen. Dort sollen mehr als tausend Asylbewerber anerkannt worden sein, obwohl ihnen das nach geltendem Recht nicht zusteht. Mit etwas Abstand betrachtet sind die Probleme in Bremen aber nur Höhepunkt einer Geschichte, die sich

bereits über mehrere Jahre hinzieht. Denn Probleme plagen das Bamf nicht nur in der Hansestadt und nicht erst seit gestern. Ein Rückblick auf vier Jahre "Bamf-Skandale":

2015 - Ein Rücktritt aus "persönlichen Gründen"

Es ist ein Donnerstagvormittag, 17. September, als das Bundesinnenministerium eine knappe Meldung veröffentlicht: Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, habe "aus persönlichen Gründen" darum ersucht, von seinen Aufgaben entbunden zu werden. Innenminister Thomas de Maizière erklärt bei einer schnell anberaumten Pressekonferenz sein Bedauern, er dankt Schmidt für die "hervorragende Arbeit" und das "enorme Engagement". Der Minister wirkt bei dem Auftritt nicht besonders gut vorbereitet. Einen Nachfolger kann er jedenfalls nicht präsentieren - aber es ist klar, dass er sehr schnell jemanden finden muss.

Das Bamf ist zu diesem Zeitpunkt seit längerem in der Kritik. 2015 sind Hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Das Amt kommt nicht mehr hinterher mit der Registrierung der Menschen und der Bearbeitung ihrer Anträge. Die Bilder von übervollen Aufnahmezentren und nahezu endlosen Warteschlangen sind willkommene Munition für alle, die Merkels "Wir schaffen das" kritisieren möchten. Das Bamf schafft es offenbar nicht - und damit landet die Behörde im Zentrum des Streits um die Flüchtlingspolitik. Die Kritik am Bamf zielt auf die Bundesregierung. Es ist ein Muster, das sich in den kommenden Jahren oft wiederholt.

2015 wird der Behörde unter anderem vorgeworfen, es habe die Situation falsch eingeschätzt, zunächst mit zu wenigen Flüchtlingen gerechnet und sei deshalb schlecht vorbereitet. Ein bisschen ungerecht scheint das, denn Bamf-Chef Schmidt hatte seit Jahren vor einer Überforderung seiner Behörde gewarnt und mehr Personal verlangt. Trotzdem ist er es, der nun zurücktritt. Die Opposition spricht von einem "Bauernopfer". Aber de Maizière bekommt die Situation schnell in den Griff. Kurz nach

dem Abgang präsentiert er einen neuen Chef: [Frank-Jürgen Weise, der außerdem auch Chef der Arbeitsagentur ist.](#)

Ganz unbeschadet übersteht der Innenminister den Sommer nicht: Keine zwei Wochen nach Schmidts Rücktritt muss sein Ministeriums [die Koordination der Flüchtlingspolitik an das Kanzleramt abgeben.](#)

2016 - Immer größer, immer schneller - immer besser?

Frank-Jürgen Weise macht sich sofort daran, umzusetzen, was die Politik von ihm verlangt: Die Asylverfahren müssen beschleunigt werden. Dafür wird auch Geld bereitgestellt. Das Bamf wird von 3300 auf gut 10 000 Mitarbeiter bis Ende des Jahres 2016 wachsen. 31 000 Frauen und Männer bewerben sich auf die neuen Stellen, vermeldet die Behörde.

Doch bereits kurz nach Weises Amtsantritt gibt es Hinweise darauf, dass nicht alles glatt läuft. Schon im November 2015 [beklagen Personalräte in einem offenen Brief](#) eine Abkehr von rechtsstaatlichen Prinzipien. Insbesondere der Verzicht auf eine Identitätsprüfung bei Syrern sei problematisch, denn das führe unter anderem dazu, dass Flüchtlinge sich möglicherweise als Syrer ausgeben, um schnell durch das Asylverfahren zu kommen.

Tatsächlich gibt es Monate später Berichte über Flüchtlinge mit gefälschten syrischen Pässen. Das Bundesamt hatte sie durchgewinkt, die Polizei später die Fälschungen entdeckt. Für ein Massenphänomen gibt es keine Belege, aber die Aufregung um den "Bamf-Skandal" ist groß.

Kritik gibt es auch an den vielen neu eingestellten "Entscheidern", die nur mangelhaft auf ihre Aufgabe vorbereitet sind.

Als Weise im Juli 2016 gemeinsam mit seinem Chef de Maizière [die neuen Asylzahlen für die erste Jahreshälfte vorlegt](#), kann er aber immerhin verkünden, dass die Verfahren jetzt beschleunigt sind. Die Hälfte der Asylanträge werde binnen einer Woche entschieden. Und kompliziertere Fälle bräuchten im Schnitt 3,7

Monate. Dass die Qualität der Entscheidungen bei diesem Tempo oft auf der Strecke bleibt, sagt er nicht. Er denkt ohnehin schon über sein Amtsende nach, Weise hatte die Behörde ja nur auf Vordermann bringen sollen. "Ende des Jahres, wenn hier alles geordnet ist, werde ich das Bamf verlassen", sagt er im Mai 2016 den *Nürnberger Nachrichten*.

23. März 2018, 07:35 Uhr

<https://www.sueddeutsche.de/politik/asyl-fluechtlinge-klage-gericht-1.3918139>

Fast jeder zweite abgelehnte Flüchtling siegt mit Klage vor Gericht



Viele Flüchtlinge sind mit ihren Klagen vor Gericht erfolgreich.
(Foto: Federico Gambarini/dpa)

- Im Laufe des vergangenen Jahres wurden gut 328 000 Klagen gegen Asyl-Bescheide eingereicht, fast doppelt so viele wie im Vorjahr.
- Insgesamt werden 91 Prozent der abgelehnten Asyl-Bescheide vor Gericht angefochten.
- Die Gesamtschutzquote lag 2017 bei 53 Prozent und damit deutlich unter dem Wert des Vorjahres von gut 71 Prozent.

Von Bernd Kastner

Fast jeder zweite Flüchtling obsiegt vor Gericht gegen das Asyl-Bundesamt. In durchschnittlich gut 40 Prozent der Fälle, in denen im vergangenen Jahr Verwaltungsgerichte über Asylklagen inhaltlich entschieden, wurde der ablehnende Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zugunsten der Flüchtlinge korrigiert. Bei Flüchtlingen aus zwei der wichtigsten Herkunftsländer,

Syrien und Afghanistan, ist die Erfolgsquote vor Gericht noch höher: jeweils mehr als 60 Prozent. Diese "bereinigte" gerichtliche Schutzquote geht aus einer Antwort der Bundesregierung zur Asylstatistik 2017 auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt.

Ende 2017 lagen 372 000 Verfahren bei den Verwaltungsgerichten, die seit Langem eine enorme Überlastung beklagen. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden gut 328 000 Klagen eingereicht, fast doppelt so viele wie im Vorjahr. Dieser Anstieg geht darauf zurück, dass das Bamf in den vergangenen Jahren so viele Verfahren wie noch nie entschieden hat und mit 91 Prozent fast jeder ablehnende Bescheid vor Gericht angefochten wurde. Die Verwaltungsgerichte, also die erste Instanz, entschieden vergangenes Jahr 146 000 Verfahren, fast die Hälfte davon aus formalen Gründen, weil etwa die Klagen zurückgezogen wurden oder man sich mit dem Bamf einigte. Die Zahl der Fälle, die in die zweite Instanz ging, ist mit rund 1400 verschwindend gering. In fast allen Berufungsverfahren obsiegte das Bundesamt.

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, erneuert ihre Forderung nach einer besseren Beratung der Flüchtlinge: Eine "frühzeitige, kompetente und unabhängige Verfahrensberatung" sei "dringend erforderlich". Asylbewerber wären dann besser auf die Anhörungen vorbereitet, Missverständnisse ließen sich vermeiden. "Dadurch würde letzten Endes auch die Qualität der Bamf-Bescheide steigen", so Jelpke, "es gäbe entsprechend weniger Klagen und weniger aufhebende Gerichtsurteile."

Die Schutzquoten unterscheiden sich teils stark in den einzelnen Bundesländern

Die bereinigte Gesamtschutzquote, die sich auf die Asylentscheidungen des Bamf bezieht, lag 2017 bei 53 Prozent und damit deutlich unter dem Wert des Vorjahres von gut 71 Prozent. Flüchtlinge aus Syrien bekamen mit 99,9 Prozent praktisch immer Schutz, Afghanen in 47 und Türken in 34 Prozent der Fälle.

Etwa 9000 jugendliche Flüchtlinge, die ohne Eltern nach Deutschland kamen, stellten 2017 einen Asylantrag. Die große Mehrheit von ihnen erhielt Schutz, je nach Alter etwa 80 bis 90 Prozent. Doch nur ein Viertel dieser unbegleiteten Minderjährigen erhielt den Flüchtlingsstatus, der zum Nachzug der Eltern berechtigt. Mit 45 Prozent war fast die Hälfte der Asylsuchenden minderjährig: knapp 90 000. In den Vorjahren war rund ein Drittel der Antragsteller jünger als 18. Experten erklären sich den Anstieg damit, dass viele bereits anerkannte Flüchtlinge ihre Angehörigen im Rahmen des Familiennachzugs nachholten; Ehepartner und Kinder stellten dann selbst noch einen Asylantrag.

Weiterhin ein Rätsel ist dagegen die Tatsache, dass die Schutzquoten, herunter gebrochen auf die Bamf-Außenstellen in den einzelnen Bundesländern, teils sehr unterschiedlich ausfallen. Und dies, obwohl das Asyl-Amt eine Bundesbehörde ist und die Länder keinen Einfluss auf die Entscheidungen haben. Jelpke weist vor allem auf die Zahlen aus den bayerischen Bamf-Filialen hin. Lag etwa bundesweit die bereinigte Schutzquote für Afghanen bei rund 47 Prozent, betrug sie in Bayern nur 38 Prozent. Ähnlich groß sind die Unterschiede bei Iranern (Bund: 57 Prozent; Bayern: 35 Prozent) und bei Irakern (65 zu 57). Eine schlüssige Erklärung dafür haben weder das Bamf noch externe Experten. Die naheliegende Vermutung, dass sich die CSU-Dominanz in Bayern auf die Arbeit in den Bamf-Büros niederschlägt, ist zweifelhaft: Im rot-rot regierten Brandenburg liegen die Schutzquoten noch unter denen im schwarzen Bayern. Jelpke fordert Aufklärung und Abhilfe: "Es darf aber keine unterschiedlichen Anerkennungschancen in Deutschland nach der Art einer Asyl-Lotterie geben."

18. März 2018, 14:41 Uhr

<https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-bamf-will-positive-asylbescheide-ueberpruefen-1.3911158>

Bamf stellt Asylzusagen auf den Prüfstand



Das Bamf in Nürnberg sucht 200 neue Kontrolleure.
(Foto: Daniel Karmann/dpa)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellt 200 neue Kontrolleure ein, um in Zehntausenden Asylzusagen Fehler aufzuspüren. Die Linke kritisiert das Vorgehen.

Von Bernd Kastner

Das Asyl-Bundesamt (Bamf) stockt sein Personal für die Prüfung von positiven Asylbescheiden massiv auf. Waren zum Jahreswechsel bereits gut 200 Mitarbeiter mit den sogenannten Widerrufsprüfungen beschäftigt, sollen nun knapp 200 befristet Angestellte dazukommen.

Nach Enttarnung des rechtsextremen Bundeswehroffiziers Franco A., der sich als angeblicher Flüchtling ins Asylsystem geschlichen hatte, ordnete der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière Mitte vergangenen Jahres die vorzeitige Widerrufsprüfung von rund 150 000 Fällen an. Etwa die Hälfte davon wurde im vergangenen Jahr

eingeleitet, erst rund 2500 Fälle sind abgeschlossen. Bei 421 Personen (knapp 17 Prozent) wurde der Schutzstatus widerrufen oder zurückgenommen. Diese Zahlen gehen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor, die der SZ vorliegt.

Unter den bisher gut 25 000 überprüften Pässen der [Flüchtlinge](#) seien 130 Fälschungen entdeckt worden. Die Bundesregierung macht aber keine Angaben dazu, ob damit auch falsche Angaben zur Identität oder Herkunft aufgedeckt worden seien. Ein gefälschter Pass führt nicht automatisch zum Widerruf des Schutzes. Im Rahmen der Prüfung, die bei anerkannten Flüchtlingen ohnehin regulär nach spätestens drei Jahren erfolgen muss, wird kontrolliert, ob sich die Umstände geändert haben, unter denen der Schutz gewährt wurde, also etwa die Lage im Herkunftsland, und ob eine Rückkehr zumutbar ist. Zu unterscheiden ist der Widerruf von der Rücknahme eines Schutzstatus: Letzteres ist vorgesehen, wenn etwa falsche Angaben eines Flüchtlings auffliegen.

Linke fordert, auch negative Bescheide zu prüfen

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, kritisiert den aus ihrer Sicht unverhältnismäßig hohen Aufwand für die vorgezogenen Widerrufsprüfungen: "Als hätte das Bamf nichts Wichtigeres zu tun." Sie bemängelt, dass sich die Bundesregierung nicht dazu äußert, ob durch die Prüfungen eine Person identifiziert wurde, von der eine Gefahr ausgehe. "Das Personal wäre weitaus sinnvoller für die dringend erforderliche Qualitätsverbesserung und Beschleunigung der Asylverfahren eingesetzt." Jelpke fordert, auch negative Bescheide zu überprüfen.

Ende 2017 waren laut Bundesregierung gut 372 000 Verfahren bei den Verwaltungsgerichten anhängig. Im Vergleich zu Ende 2015 hat sich die Zahl mehr als versechsfacht. Eine frühere Anfrage der Linken an die Bundesregierung hatte offenbart, dass zuletzt in knapp der Hälfte aller Verfahren, in denen inhaltlich entschieden wurde, die Flüchtlinge obsiegten. Viele Richter beklagen die mangelnde Qualität der Bamf-Bescheide. Das Amt hat auch die Zahl der mit Gerichtsprozessen

beschäftigten Mitarbeiter erhöht: von rund 60 Ende 2015 auf 315 Ende 2017, weitere Einstellungen seien geplant.